

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei fernem Postbezugs monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Straßendruck für Deutschland 6.30 M., für Ausland 1.40 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2995 und 2996.

Die „Freiheit“ ist abgesetzt. Unpersönliche über dem Namen L. 20 III. Wortausgaben des Verlags sind 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Kreuzungsbeitrag 70 Pf. Bei Einzelnummern u. Druckausgaben 10 Pf. der Zuschlag fest. Inverhalte für den Versand folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt sein. Inverhalten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ratifikation in Frankreich.

Die französische Kammer ratifiziert den Vertrag.

Paris, 2. Oktober.

Die Kammer hat die Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles mit 372 gegen 53 Stimmen angenommen.

Nach mehrwöchigen Beratungen hat also endlich die französische Kammer den Friedensvertrag ratifiziert. In der vorstehenden Meldung wird nicht angegeben, welcher Partei die 53 ablehnenden Deputierten angehören, es ist aber anzunehmen, daß die Sozialisten gegen den Vertrag gestimmt haben. Nicht etwa aus dem Grunde, weil sie gegen den Abschluß des Friedens sind, sondern nur deshalb, weil sie dem Gewaltfriedensvertrag von Versailles ihre Zustimmung nicht geben konnten.

Wenn die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die französische Kammer nicht sofort ihre Wirkungen ausübt, wenn insbesondere die Heimkehrförderung der deutschen Gefangenen aus Frankreich nicht bald erfolgt, so kann sich dafür das deutsche Volk bei der deutschen Regierung bedanken. Durch die Unterstützung des gallischen Abenteuerers hat die deutsche Regierung den Machthabern Frankreichs einen neuen Vorwand gegeben, die Auslieferung des Friedensvertrages hinauszuzögern. Es muß nunmehr verlangt werden, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen trifft, damit der Friedensvertrag endlich in Geltung treten kann.

Auch Italien will ratifizieren.

Bern, 2. Oktober.

Der italienische Justizminister Rostano hat mit einigen Ministern anderer Ressorts eine Formel aufgestellt, die erwidern wird, daß der Friedensvertrag durch kaiserliches Dekret unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des neuen Kabinetts ratifiziert wird, sobald entweder das französische Kabinet oder der amerikanische Kongreß die Ratifikation vollzogen hat.

Die Zwangsmassnahmen der Entente.

Nach einer Meldung der „Times“ sollen die über englisches Gebiet gehende Lebensmittel- und Rohstofftransporte nach Deutschland am 18. Oktober ein- und ausgesetzt werden. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ soll Paris sich an Deutschland Mitte Oktober ein Ultimatum mit dreitägiger Frist abgeben. Von deutscher Seite wird offiziell dazu noch nicht geantwortet, daß von einem Aufbruch des Rates der Alliierten, mit den Zwangsmassnahmen gegen Deutschland am 20. Oktober zu beginnen, wenn bis dahin das Ultimatum nicht geräumt ist, hier nichts bekannt sei. Es sei aber anzunehmen, daß die deutsche Antwort auf die Note der Entente über die Räumung des Baltikums schon in aller nächster Zeit gegeben werde.

Im Interesse des deutschen Volkes muß verlangt werden, daß die Regierung sich mit dieser Antwort besetzt. Es darf aber nicht, wie bisher, mit Enthaltungen und Verweigerungen sein Verhalten haben, sondern die Regierung soll dafür sorgen, daß endlich dem konterrevolutionären System im Baltikum ein Ende gemacht wird.

Der englische Eisenbahnerstreik.

Wirkungen auf Amerika.

Saug, 2. Oktober.

Nach New York wird gemeldet: Der britische Eisenbahnerstreik hat eine große Rückwirkung auf die amerikanische Industrie, den Handel und das Geschäftsgeschehen aus. Man schätzt die durch die Stilllegung der Ausfuhrstrassen Verluste des amerikanischen Handels auf wenigstens Millionen Dollar täglich.

Die amerikanische Presse selbst verhält sich dem englischen Streik gegenüber im allgemeinen durchaus ablehnend, ja feindselig.

Amsterdam, 2. Oktober.

Ein gestern früh in London angekommener Bericht besagt: In Jugoslawien ist eine weitere Welle eingetreten. Hunderte Eisenbahner zur Arbeit zurückgekehrt. Für die verbleibenden sollen Ersatzmänner vom Londoner Omnibusdienst beschafft werden. — Gestern wird mitgeteilt, daß die Schenk-

mittelverteilung in den letzten 24 Stunden befriedigend konstatieren können ist.

Amsterdam, 2. Oktober.

Reuter meldet aus London: Die Transportarbeiter haben beschlossen, den Beschluß über einen etwaigen Streik bis morgen aufzuschieben.

D'Annunzio im Kriegszustand.

H. W. Haag, 2. Oktober.

Aus London wird gemeldet: D'Annunzio hat den telegraphischen Verkehr zwischen Triest und Venedig unterbrochen und der französischen Mission mitgeteilt, daß er sich mit Jugoslawien im Kriegszustand befindet.

Nach Washington wird gemeldet: Die „Washington Post“ erzählt aus Rom, daß die italienischen Behörden nochmals die Intention des amerikanischen Admirals im Adriatischen Meer verlangt haben.

Weiter soll D'Annunzio die Absicht haben, die Republik Venedig auszurufen, wenn ihn die italienische Regierung weiter belästigere.

Die italienischen Kolonien in Nordamerika und Brasilien unterstützen D'Annunzio. Erstere sollen zu seinen Gunsten 500 000 Dollars, die von Brasilien 100 000 Dollars gesandt haben.

Handls- und Transportarbeiterstreik in Kiel.

Kiel, 2. Oktober.

Ein allgemeiner Ausstand der Handels- und Transportarbeiter ist gestern ausgebrochen. Der gesamte Verkehr wird aufs schärfste betroffen. Auch die Arbeit in der Lebensmittelbranche ruht. Die Post sah sich gezwungen, ihre Paketbestellungen einzustellen.

Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

Stockholm, 1. Oktober.

„Evenska Tidningen“ erzählt vom schwedischen Finanzminister Tharsson, daß die schwedische Regierung beschlossen hat, Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages anzuknüpfen.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Über 100 000 Arbeiter der Metallindustrie stehen im härtesten wirtschaftlichen Kampf um die Sicherung ihrer Existenz. Gelingt es den Unternehmern ihre Ziele durchzusetzen, so hat die gesamte Arbeiterschaft die Folgen zu tragen. Wehren die Metallarbeiter das Vorgehen der Unternehmer ab, so ist das ein Erfolg der gesamten Arbeiterschaft.

Das Unternehmertum arbeitet gerint. In voller Solidarität müssen die Arbeiter zusammenstehen, um den Abbau der Löhne abzuwehren.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, zunächst die im Streik befindlichen Metallarbeiter durch Sammlungen zu unterstützen.

Zu diesem Zweck werden außer den Sammlungen der Fünftehner-Kommission Marken im Betrage von 1 Mark von und herausgegeben. Die Abrechnung hat mit der Gewerkschaftskommission zu erfolgen. Gelder sind an A. Körsten, Berlin SO 16, Engel-Ufer 15, zu senden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß das Metall- und die Fünftehnerkommission beschließen haben, Sammelmarken von 5 und 10 Pf., an die Mitglieder der freitenden Verbände abzugeben. Sammelmarken werden ausgegeben von den Ortsvereinigungen der Metallarbeiter und angeschlossenen Organisationen sowie beim deutschen Metallarbeiterverband, Lindenstraße 2385, in der Casse.

Arbeiter und Arbeiterinnen, tut eure Pflicht!

Die Machtprobe.

Die Wirtschaftskämpfe der Gegenwart verkehren sich zusehends. Jeder Versuch der Arbeiterklasse, die drückenden Folgen der täglich steigenden Teuerung zu mildern und die Löhne in ein Gleichgewicht zu den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung zu bringen, findet den erbitterten Widerstand des gesamten Unternehmertums. Aber während früher die Staatsgewalt wenigstens den Anschein zu erwecken suchte, als wenn sie diesen Wirtschaftskämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern neutral gegenüberstände, ergreift sie jetzt offen Partei für das Unternehmertum. Unter dem Deckmantel des angeblichen Schutzes der Interessen der Gesamtheit unterstützt sie gegenwärtig den Widerstand des Unternehmertums gegen die sozialen Bestrebungen der Arbeiterklasse.

Von allen Vorgängen dieser Art, die sich in letzter Zeit ereignet haben, sind die anlässlich des jetzigen Streiks der Berliner Metallarbeiter die lehrreichsten. Staatsgewalt, Unternehmertum und Presse stehen einmütig zusammen, diesen Streik herabzumwürfen, ihm den gewalttätigen Umsturz der jetzigen Regierung anzudichten und daraus die Rechtfertigung für Unterdrückungsmaßnahmen abzuleiten.

Bereits die Ankündigung der gestrigen Versammlungen hatte derartige Absichten offen hervorgerufen. Sie wurden immer deutlicher, je näher der Termin der Versammlungen heranrückte. So konnte es denn nicht wundernehmen, daß das durch nichts gerechtfertigte Verbot der Versammlungen diese Absichten offen aufzeigte. Wenn der Polizeipräsident Eugen Ernst diese Versammlungen wegen ihrer Nichtanmeldung verboten hat, so handelt er damit getreulich in den Spuren der alten Machthaber, die auch ständig versucht haben, die Tätigkeit der Gewerkschaften als politische Tätigkeit zu erklären, um sie den einengenden Bestimmungen eines verfallenen Versammlungsrechtes zu unterstellen. Nichts aber berechtigt gegenwärtig zu einer solchen Handlungsweise. Die Versammlungen sollten dem Zwecke dienen, den Berliner Arbeitern die Bedeutung des Wirtschaftskampfes in der Metallindustrie klar zu machen. Derartige Versammlungen sind selbst unter den Bestimmungen des verfassungswidrigen Belagerungszustandes nicht anmeldepflichtig, denn auch jetzt wird nur die Anmeldung von öffentlichen politischen Versammlungen verlangt.

Im politischen Versammlungen handelte es sich aber durchaus nicht. Auch nicht um die Absicht, einen Generalstreik mit gewalttätigem Umsturz von Verfassung und Regierung einzuleiten, wie jetzt zur Rechtfertigung des Versammlungsverbotes behauptet wird. Selbst der „Vorwärts“ schrieb in seiner gestrigen Morgenausgabe: „Es besteht gar kein Grund, anzunehmen, daß die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins sich von irgendeiner Seite davon abdrängen lassen könnte, die Erfüllung ihrer Forderungen auf anderem als friedlichem Wege anzustreben.“ In diesem zutreffenden Urteil ändert auch die Tatsache nichts, daß der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe, seiner Aufgabe als Verteidiger aller Gewaltmaßnahmen entsprechend, die völlig unbewiesene Behauptung aufstellte, überall habe sich das heftigste Bestreben gezeigt, die Arbeiterschaft aus den Betrieben heraus auf die Straße zu bringen.

Auch der Reichsarbeitsminister Schlichte hat sich nach den Darlegungen der Streikleitung der Metallarbeiter davon überzeugen lassen müssen, daß das Verbot der Versammlungen zu unrecht erfolgt sei. Er hat deshalb zugesagt, wegen der Zurücknahme des Verbotes die notwendigen Schritte einzuleiten. Das Schlichte jetzt den Mut hat, das abzuschreiten, ist bezeichnend für die zweideutige Haltung, die er von Anfang an in diesem Kampf den Arbeitern gegenüber eingenommen hat. Da, wie die „Politische Zeitung“ mitteilt, auch die Reichsfinanzlei amtlich bekräftigt, daß Schlichte dort verhandelt habe, die Genehmigung der Versammlungen zu erreichen, daß aber die verantwortlichen Stellen bei ihrer Weigerung Versammlungen zuzulassen, gestanden seien, so ist wohl einwandfrei bewiesen, daß die amtlichen Stellen unter allen Umständen die Machtprobe zum Austrag bringen wollten.

Sie können deshalb die Verantwortung für die bedauerlichen Vorgänge, die sich im Anschluß an die Versammlungen ereignet haben, nicht von sich weisen. Selbst die hitzigen

Die Presse muß anerkennen, daß die Verfallungsteilnehmer der ausgegebenen Weisung, Disziplin und Ordnung zu befolgen, gefolgt sind. Wenn es trotzdem im Anschluß an die Versammlung in den Barnsdalen zu Blutvergießen gekommen ist, so wird kaum irgend jemand die Schuld dafür in dem Verhalten der Versammlungsteilnehmer finden können. Die Tatsache, daß es in dieser Versammlung gelungen ist, ein Mitglied der Sicherheitswehr als Lockspitzel zu entlarven, bezeugt höchst die Triebkräfte, die auch jetzt bei dieser Bewegung wieder am Werke sind.

Es soll anscheinend mit allen Mitteln verhindert werden, daß die von unparteiischer Seite eingeleiteten Versuchsversuche ein Ergebnis haben. Wenn der „Vorwärts“ in seiner geistigen Abendausgabe sich neuerdings die Behauptung leistet, daß diese Lohnbewegung zu einem „politischen Parteikampf“ gestaltet werden solle, so ist hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Arbeiter der verschiedensten Parteirichtungen haben erkannt, daß der Niesenkampf in der Berliner Metallindustrie, ein Kampf gegen die Verleumdungsstendenzen ist, die die Arbeiterschaft gegenwärtig stärker bedrohen, als je. Sie erkennen die Gefahren, die ihnen daraus entstehen und sie sind deshalb einmütig in ihrer Abwehr. Das aber ist denjenigen, die, um der oppositionellen Richtung der Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat zu brechen, im Verein mit den Unternehmern jede soziale Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse gewaltsam verhindern wollen, ein Dorn im Auge. Sie greifen deshalb zu den verwerflichsten Mitteln, zu Mitteln, die der ganzen sozialen Bewegung der Arbeiterklasse zum Verhängnis gereichen müssen. Diese Absicht aber erkennen die Arbeiter, und es dürfte vergebliche Mühe sein, ihre politischen Meinungsverschiedenheiten als Mittel zu benutzen, um ihren Kampf gegen die Unternehmer zu schwächen.

Für die weltliche Schule!

Es ist eine traurige und beschämende Tatsache, daß zahlreiche unserer Genossen, die es an Energie und Bestimmtheit in ihren eigenen Angelegenheiten nicht fehlen lassen, versagen, wo es sich um die Interessen ihrer Kinder handelt. Es ist wahr, die Zustände, wie sie sind, entsprechen auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens ebensoviele unseren Wünschen, wie sie es auf wirtschaftlichem Gebiet tun. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, jedes Mittel zur Anwendung zu bringen, das uns einen Schritt vorwärts bringen kann, dem Ziele zu, das wir erstreben. Wir hatten freilich erwartet, daß eine überwiegend sozialistische Regierung wenigstens auf dem Schulgebiet ernst machen würde mit ihren eigenen Forderungen. Sie hat hier vor dem Zentrum genau so kapituliert, wie sie auf wirtschaftlichem Gebiet der Koalition gegenüber versagt hat, ja sie hat auf dem Gebiet des Erziehungswesens noch viel schlimmer versagt; denn die Beschlüsse der Nationalversammlung auf Grund des Schulkompromisses hat nicht einmal der rechtssozialistische Kultusminister in Dresden billigen können, ja er hat sie für technisch undurchführbar und für den Schulfrieden gefährlich erklärt.

Obwohl das Schulkompromiß den Wünschen des Zentrums sehr weit entgegenkommt, hat es doch zu vielen in den Bestimmungen zulassen müssen, durch die es seine Macht über die Schule neuerrichten gedenkt und diese Lücken müssen unter allen Umständen mit voller Kraft ausgefüllt werden. Einerseits ist die Möglichkeit geschaffen worden, weltliche Schulen (d. h. solche Schulen, auf denen keinerlei Religionsunterricht erteilt wird) überall da einzurichten, wo es die Erziehungsberechtigten, das sind also die Eltern, wünschen. Für die Gründung solcher weltlichen Schulen müssen wir an allen Orten eintreten. Zweitens ist vorgegeben, daß in Zukunft kein Schüler mehr am Religionsunterricht der Schule, die er besucht, teilzunehmen braucht. Allerdings ist diese Bestimmung dahin eingeschränkt worden, daß eine diesbezügliche Erklärung zu Anfang des Halbjahres abgegeben wird. (Abmeldungsformulare werden in den Versammlungen verteilt, die Freitagabend stattfinden.) Für unsere Genossen muß es eine Selbstverständlichkeit sein, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Damit wird keineswegs der Grundlag Religion ist Privatangelegenheit durchbrochen, sondern erst angewandt. Solange die Schule auf Staatskosten Unterricht in evangelischer, katholischer oder jüdischer Religion erteilt, ist Religion noch Staatsangelegenheit und was für eine Staatsangelegenheit! Wir wissen doch alle, worauf in neun von zehn Fällen dieser Religionsunterricht hinausläuft: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben“ und natürlich die Religion, die da lehrt: „Ein jeder sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott, wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.“ Das ist für den Staat und seinen Religionsunterricht der wichtigste Inhalt religiöser Lehren. Auch der Religionsunterricht war und ist ein Kampfmittel des Klassenstaates und eines der allgeringsten. Ein jeder Sozialist, der diesen Zusammenhang durchschaut hat, hat die Pflicht, seine Kinder aus diesem Unterricht zu befreien. Niemand denke, daß er damit worten kann, daß er es dem Nachbar überlassen könne, den Kampf mit dem Religionslehrer aufzunehmen. Unsere Genossen müssen endlich den Lehrern, ja selbst den gestrengen Herren Rektoren gegenüber den Mut der eigenen Meinung ausbringen. Auch dieser Meinungskampf ist ein Teil des großen Kampfes, den wir führen, in dem niemand versagen darf. Es darf nicht wieder vorkommen, daß in ganzen Schulen nur zwei oder drei Kinder dem Religionsunterricht fern bleiben.

Ausführlich werden diese Fragen heute abend in den künftigen Sitzungen im Interimsteil der Morgen-Ausgabe der Versammlungen zur Sprache kommen (die Versammlung „Freiheit“ vom Donnerstag veröffentlicht). Die die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins erbetenen haben und in denen sozialistische Lehrer und Lehrerinnen aller drei Richtungen sprechen werden. Alle sozialistischen Eltern müssen erscheinen und die Veranlassungen zu einer eintrachtigen und vollen Kundgebung für die weltliche Schule machen.

Der jährliche Paß.

Aus Dresden wird mitgeteilt, daß die Rechtssozialisten mit den Demokraten ein Abkommen abgeschlossen hätten, wonach zwei Mitglieder der Demokratischen Partei in die sächsische Regierung eintreten sollen. Die Demokraten übernehmen das Finanz- und das Finanzministerium.

Sie haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Richtlinien der bisherigen Regierung voll in Geltung bleiben.

Nachdem die sächsischen Rechtssozialisten es abgelehnt haben, sozialistische Politik zu treiben, und dadurch den unabhängigen Sozialdemokraten die Möglichkeit genommen haben, an der Regierung teilzunehmen, ist ihnen nichts anderes übrig geblieben, als ihr kleinsozialistisches Mantelchen abzuwerfen und sich mit den Demokraten zu verbinden. Kennzeichnend für das Wesen der rechtssozialistischen Politik ist es, daß die Demokraten sich vollkommen mit ihr einverstanden erklären können. Dabei sind die sächsischen Demokraten ein besonders altes Gewächs; es sind frühere Nationalliberale, zum Teil vom rechten Flügel der ehemaligen Progression, die an der Politik der Rechtssozialisten nicht das mindeste auszusetzen haben. Um so schneller werden die sächsischen Arbeiter erkennen, daß sie bei dieser Partei nichts mehr zu suchen haben.

Auf den Spuren der Mörderzentrale.

Der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung hat sich bisher bemüht, über die Ursachen der Januarunruhen ein möglichst einseitiges Bild zusammenzutragen. Diese Tendenz hat unsere Genossen veranlaßt, aus dem Ausschuß zurückzutreten, weil sie ihre Namen nicht dazu hergeben wollen, ein Untersuchungsverfahren zu decken, welches die Wahrheit weit eher verdeckt, als daß es sie aufdeckt. Aus diesen Gründen heraus haben wir auch davon Abstand genommen, die Berichte des Ausschusses, die von der gleichen einseitigen Tendenz getragen sind, zu veröffentlichen. In seiner letzten Sitzung meint der Ausschuß aber einmal zufällig eine glückliche Stunde gehabt zu haben. Es wurde nämlich der Gefreite Bürger vernommen, der seinerzeit den Genossen Ledebour und den Kommunisten Dr. Ernst Meyer verhaftet hat. Bürger hat auch späterhin noch bei anderen Verhaftungen seine Hand mit im Spiele gehabt, und zwar ist er dabei zumeist als Oberleutnant Bürger aufgetreten. Ueber seine Vernehmung berichtet jetzt eine parlamentarische Korrespondenz das folgende:

Der nächste Zeuge, Gefreiter Bürger, hat in der Nacht vom 10. zum 11. Januar Ledebour und Dr. Ernst Meyer verhaftet. Er hat dazu keinen Auftrag von der Kommandantur gehabt, und hat für die Verhaftung keinerlei Belohnung erhalten. Er hat nur nach Gesprächen mit dem Stadtkommandanten Fischer angenommen, daß dieser die Festnahme der Führer der Umwühlbewegung gewünscht würde. Von einer Tötung Ledebours und Meyers sei nie die Rede gewesen, außer daß Tyska dem Zeugen einen solchen Vorschlag gemacht hätte. Der Zeuge glaubt, daß das russische Rote Kreuz, Ullandstr. 155, und die Werkstätten der Kollisch-Armee, Karlsbad 5 und Karlsbad 29, die Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus und die Firma Berger und Altenburg, Dorotheenstr. 34, dem Feldwebel von Tyska eine Belohnung von 24 000 M. für die Ermordung Ledebours oder Liebknechts versprochen hätten.

Diese Darstellung des Zeugen ist geeignet, in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorzurufen. Herr Bürger hat mit seinen Angaben uns zwar nichts Neues gesagt, da es in den Kreisen der revolutionären Arbeiterschaft längst bekannt ist, daß hinter den Verfolgungen, Verhaftungen und Ermordungen von Arbeiterführern Privatvereinigungen stehen, die sich die Befreiung von Männern, die in der Revolution besonders hervorgetreten sind, zum Ziel gesetzt haben. Der Wert der Aussage Bürger liegt also lediglich darin, daß die Angaben über das Bestehen einer Mörderzentrale zum ersten Male vor einer Instanz mit richterlichen Befugnissen gemacht worden sind. Die Art der Zusammenfassung des Untersuchungsausschusses und die Tendenz seiner Verhandlungsführung läßt leider nicht den Schluß zu, daß von dieser Stelle aus nun rücksichtslos den Spuren der Mörderzentrale nachgegangen wird, um all die Verbrecher und Mordtaten aufzudecken, die bisher von der Gegenrevolution begangen worden sind und die noch heute der Sühne harren. Man wird vielmehr den Scheiter des Geheimnisses wieder dichter über die Organisation des Mordmordes ziehen, weil mit der lückenlosen Aufhellung der Verbrechen, denen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Leo Jogisches und Dorenbach und noch viele, viele andere zum Opfer gefallen sind, Männer und Institutionen kompromittiert werden könnten, auf die der Staat heute noch nicht Verzicht leisten kann.

Gewerkschaftliches.

Die Ferien im Berliner Holzgewerbe geregelt

Nach langwierigen zweistägigen Verhandlungen kam im Berliner Holzgewerbe über die Ferienfrage eine Vereinbarung zustande. Es erhalten Ferien: alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 1. Juli 1919 in einem Betrieb beschäftigt sind, erhalten in diesen Betrieben drei Tage Ferien, für die der vereinbarte Lohn für 24 Stunden zu zahlen ist. Die Ferien werden gewährt von Donnerstag bis Sonnabend. Diese Vereinbarung gilt nur für dieses Jahr. Außerdem wurden, die am 26. August zentral vereinbarten Wünsche und Durchschnittslöhne anerkannt, und festgelegt, daß dort, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, diese bestehen bleiben. Beide vertragschließende Parteien dürfen vor dem 16. Februar 1920 keine Änderungen an den Löhnen vornehmen.

Für Montanarbeiten wird vom 1. Oktober 1919 ab innerhalb des Vorortverkehrs ein Zuschlag von 30 Pf. pro Stunde bezahlt; über den Vorortverkehr hinaus mit Übernachten werden pro Tag 10 M. Zuschlag gewährt, einschließlich des Sonntags.

Die Arbeitszeit bleibt so bestehen, wie sie am 25. August ebenfalls zentral vereinbart wurde, und zwar Sonnabend 6 Stunden, an den anderen Werktagen 8 Stunden, also die Woche 40 Stunden.

Diese getroffenen Abmachungen gelten als Zusatzvereinbarungen zu dem Arbeitsvertrage für die Berliner Holzindustrie vom 16. Februar 1918, der noch bis 15. Februar Geltung hat.

Wenn auch diese Ergebnisse nicht voll befriedigen können, so kann doch gesagt werden, daß durch die Festlegung einer dreimonatigen Beschäftigungszeit (sonst wie es zentral vereinbart war, nach sechsmonatiger Beschäftigung) die große Masse der Berliner Holzarbeiter in den Genus von Ferien kommt. Diejenigen, die sonst nach den zentralen Vereinbarungen bis zu sechs Tagen Anspruch hätten, müßten eben unter diesen Umständen, um zu einer Einigung zu kommen, zugunsten der andern auf ihre Vorteile verzichten.

Wegen der Löhne sind ausreichende Garantien gegeben, daß die zur Zeit bestehenden Löhne, die weit über die vertriebenen Löhne hinausgehen, bestehen bleiben.

Die Tarifverhandlungen der Gemeinbedarfer Groß-Berlins gescheitert.

Am Mittwoch begannen im Berliner Rathaus die Verhandlungen über die Erneuerung des Lohnarbeits der Gemeinbedarfer Groß-Berlins. Der Verband der Gemeinbedarfer beantragte Anfang September mit Wirkung ab 1. Oktober Stundenlöhne von 2,80 bis 3 M. für erwachsene und von 1,50 bis 2 M. für jugendliche männliche Arbeiter, sowie 1,25 bis 2,00 M. für weibliche Arbeitskräfte. Die Anträge der Verbände der Transportarbeiter, Metallarbeiter, Maschinisten und Deutscher Eisenbahner, Fleischer, Gärtner, Köche und Hausangestellte waren im Durchschnitt um 50 Pf. für die Stunde höher.

Die Gemeinden machten demgegenüber Angebote, die um etwa 30 Pf. pro Stunde geringer sind. Da die Gemeinden jedoch weitere Entgegenkommen ablehnten und auf Grund dessen die Vertreter der Arbeiter auf ihren Anträgen bestanden, wurden die Verhandlungen nach mehrstündigen Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Die Arbeiter haben den Zentral-Ausschuß angerufen. Die Situation ist äußerst ernst.

Metallarbeiterstreik in Thüringen.

In Suhl in Thüringen befinden sich seit Dienstag Metallarbeiter aller Branchen im Streik. Unter Hinzurechnung der Büchsenmacher, die sich sofort den Metallarbeitern gegenüber solidarisch erklärten, beträgt die Zahl der Streikenden rund 1000. Die Unternehmer, die sich nicht im geringsten zu einem Entgegenkommen bereit erklärten, haben die Arbeiterschaft geradezu zum Kampf gezwungen. Der Tarif, der am 30. September zum Ablauf kam, bedurfte einer Erneuerung mit einer dementsprechenden Lohnerhöhung.

Die Lohnbewegung der Angestellten im Zeitungsgewerbe. In unserer gestrigen Morgennummer ist in dem Bericht über die Besammlung der Angestellten ein fernerstehender Fehler enthalten. Es muß dort heißen, daß die Verhandlungen am 3. Oktober beendet sind, nicht begonnen sein müssen. Gestern Abend 7 1/2 Uhr verammelten sich die Zeitungsgestellten wiederum im Schultheiß, Hasenheide, um den Bericht der Tarifkommission über die Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium entgegenzunehmen.

Verstümmelte Irreführung.

Durch Säulenanschlag versuchen die Berliner Metallindustriellen die Arbeiterschaft Berlins irrezuführen. Der Säulenanschlag beugt ernstlich: „Bestehende höhere Löhne und Akkorde werden nicht verschlechtert.“ Wir erklären dazu: Die Teilschiedsprüche sehen die Verdienste der Arbeiter herab. Beispiel: Metallformer; jetziger Verdienst 3,50 bis 4 M. pro Stunde; nach dem Teilschiedspruch Nr. 5 2,40 bis 3,20 M. Zweitens sagt der Säulenanschlag: „Ein Abbau der Spitzenlöhne findet nicht statt.“ Wir stellen fest: Mitgliedsfirmen des Verbandes der Metallindustriellen nehmen den Abbau jetzt schon vor. Zu 3. und 4. behauptet der Säulenanschlag: „Die bestehende Lohnhöhe kann nicht durch Wechsel der Verlagschaft oder Neueinstellung herabgesetzt werden.“ Wo a. B. höhere Löhne als die des Teilschiedspruchs gezahlt werden, erhalten nun angestellte Akkordearbeiter die gleichen höheren Akkorde und neuangestellte Lohnarbeiter nach sechs Tagen für nicht geleistete Arbeit die gleichen Löhne, die den bisher im Betrieb Beschäftigten gezahlt werden, auch wenn sie höher sind als die Höhe des Teilschiedspruchs.“ Wir bemerken dazu, daß täglich in unserer Verlagsverhältnisse Klagen einlaufen, die Firmen durch Entlassung von Arbeitern und Neueinstellung anderer Arbeiter die Löhne herabdrücken. — Der Säulenanschlag bemerkt ferner: „Bereits gefällten Teilschiedsprüche sehen wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu früheren Tarifen vor.“ Das trifft zu. Die Teilschiedsprüche entsprechen jedoch nicht einmal der jetzigen Entlohnung, sondern verschlechtern dieselbe.

Wenn der Säulenanschlag weiter behauptet, wir müßten der Meinung, man wolle die Gesamtelongation einstellen und zu geringeren Löhnen wieder einstellen, so können wir dazu sagen: für so blödsinnig dumm halten wir die Metallindustriellen nicht. Unsere gewerkschaftliche Erfahrung sagt uns, daß die Unternehmer, um zum Abbau der Löhne zu kommen, allerdings nicht so plump, den Arbeitern in die Augen springende Mittel anzuwenden. Wir kennen die Beschäftigten der Metall-Industriellen, wenn es gilt, die Verleumdung der Entlohnung die Profite zu teilen.

Die Streiklage hat sich auch am Mittwoch verschlechtert. genaue Zahlen können aber der stattgefundenen Versammlungen wegen nicht angegeben werden.

Gegen das vom Oberkommando Roske und dem Polizeipräsidenten ausgesprochene Verbot der Gewerkschaftsversammlungen ist seitens der Jungbühner-Kommission und der Berliner Gewerkschaftskommission entschieden Protest eingeleitet worden.

Den ohne jeden gesetzlichen Grund verhafteten ist seitens der Jungbühner-Kommission ein Rechtsanwalt bestellt worden. Es werden alle Schritte eingeleitet, die zur Freilassung der Verhafteten führen müssen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Das Metall-Kartell der Gewerkschaften Groß-Berlins. Die Jungbühner-Kommission.

Der Hauptvorstand des Metallarbeiter-Verbandes, auf die Versammlungsverbote und die Verbindungen der Gewerkschaftsversammlungen aufmerksam gemacht, antwortete mit folgendem Telegramm:

Versammlungen unserer Berliner Mitglieder Metallformer, Köchler zur Beratung wirtschaftlicher Angelegenheiten sind von dortiger Behörde aufgelöst und Versammlungsteilnehmer verhaftet worden. Wir erheben hiergegen entschieden Einspruch und werden ferner Freigabe der für heute angeordneten Gewerkschaftsversammlungen.

Wichtig! Kollegen der Firma Antagon. Die Auszahlung der Streikunterstützung für die Kollegen, die am 26. September in den Ausstand getreten sind, erfolgt am Freitag den 3. Oktober in der Zeit von 10-2 Uhr im Lokal von Otto. Die Streikunterstützung (Kassenschein) findet heute von 2-4 Uhr im Arbeiteretat, J. A. Mühlendorf.

Die Versammlungen der Metallarbeiter.

Das erdroffene Versammlungsrecht.

Die für gestern vormittag anberaumten Versammlungen sind nun wirklich, wie wir bereits im gestrigen Abendblatt berichten konnten, mit Waffengewalt verhindert worden. Lediglich in einigen Vororten konnten die Versammlungen stattfinden, und es ist, trotzdem sich viele tausende Arbeiter und Arbeiterinnen daran beteiligten, dort zu keinerlei Aufstrebungen gekommen. Auch in Berlin selbst ist im allgemeinen die Ruhe aufrechterhalten worden, trotzdem das massenhafte Auftreten der mit Flammenwerfern und Maschinengewehren anrückenden „Sicherheitswehre“, die als reaktionäres Mittel für die Erdrosselung des Versammlungsrechts in Aktion trat, äußerst provozierend wirkte. Durch das Verschulden eines Offiziers kam es aber im Norden Berlins, in der Lugenburger Straße, doch noch zu einem Blutvergießen, wobei mehrere Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen.

Die Beteiligung an der Demonstration war ziemlich stark, trotzdem die Rechtssozialisten ihre Leute scharf gemahnt und vor dem Besuch der Versammlungen gewarnt hatten. Auch am Streik nicht beteiligte Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in nennenswerter Zahl an der Demonstration teil. Der Straßenbahnverkehr wurde nicht gehindert, wie einzelne Blätter vorher ihren Lesern und der Bezirksvorstand der S. P. D. seinen Mitgliedern vorgedroht hatten, denn es hatten nur das technische Personal die Arbeitstrube besetzt und auch durchgeführt. In Lichtenberg hatten die Hilfskräfte und kaufmännischen Angestellten des Magistrats ebenfalls den Beschluss gefasst, aus Sympathie für die streikenden und ausgeperrten Metallarbeiter, die Arbeit ruhen zu lassen. Auch von den städtischen Arbeitern in Lichtenberg wurden nur die Notstandsarbeiten ausgeführt.

Wir lassen nun einige Einzelberichte folgen, die das Bild noch etwas vervollständigen.

In den Comenius-Sälen tagende Versammlung war von ca. 1000 Personen besucht. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die von ca. 1000 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung aller Industriearbeiter Groß-Berlins in den Comenius-Sälen spricht den streikenden und ausgeperrten Hunderttausend Arbeitern der Metallindustrie ihre warmste Sympathie aus und fordert sie auf, unbedarft durch die Versammlungen der bürgerlichen Presse im getriebenen Sozialkampf auszuhalten. Alle Versammelten verpflichten sich, moralisch und finanziell die Streikenden bis zum endgültigen Erfolg zu unterstützen. Sie protestieren energig gegen die Verhöhnung durch die bürgerlichen Tageszeitungen, die im Haushalt eines arbeitenden Arbeiters nicht mehr angetroffen werden dürfen. Sie sprechen den Behörden, die das Streikverbot erlassen, und sich mit dem Verbot der Versammlungen zu Recht und der Kapitalisten machen, ihre tiefste Verachtung aus.

Ein Vertreter der der Aia angeschlossenen freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisation legte folgende Resolution vor:

Die der Aia angeschlossenen Verbände der freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeister-Verband, Bund der technischen Angestellten und Beamten erklären den in schwerem Kampfe mit den Kapitalisten stehenden Arbeitern ihre vollste Sympathie. Die Verbände stehen in erster Linie mit der Streikleitung der Handarbeiter. Da der Kampf der Arbeiter auch deshalb mit den Interessen der Angestellten aufs engste verknüpft ist, sind die Verhandlungen und Vertrauensleute der Angestellten davon überzeugt, daß es die unbedingte Pflicht aller Arbeiter ist, die Handarbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und jegliche ihnen etwa angebotene Streikarbeit strikte zu verweigern. Die Angestellten wünschen den streikenden Handarbeitern einen vollen Erfolg in ihrem schweren Kampfe und erwarten von ihnen, daß sie sich nicht über nachlassen, als bis derselbe mit einem vollen Siege beendet ist.

Bei Beginn der Versammlung erschienen zwei Autos mit bis an die Zähne bewaffneten Kosakentruppen und forderten die Versammelten auf, den Saal zu räumen. Falls dem Verbot nicht sofort Folge geleistet würde, würde man von der Waffe Gebrauch machen. Es wurde nach der Befehl gegeben, die Versammlungsleitung und den Referenten zu verhaften. Der Kollege Perwitz wurde von den Kosakentruppen mitgenommen.

Im Volkshaus Charlottenburg, Rosenstraße, war der Saal schon vor Beginn der Versammlung von den Kosakentruppen besetzt. Die Menge zog nach dem Versammlungsort. Hungerstreikende, und dort hielt der Referent auch sein Referat. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Kosakentruppen hielten den Anwesenden auch in der Jungfernhöhe einen Besuch ab. Das Referat wurde währenddessen unterbrochen, und dann ohne Sitzung zu Ende geführt.

Der Referent der Versammlung im Rosenhäger Hof waren schon zwei Stunden vor Beginn derselben dort. Die Kosakentruppen bestanden sich darauf, die Saalungänge zu besetzen und niemanden mehr herein zu lassen. Um 11 1/2 Uhr versammelten sie sich in der Räumung des Saales; jedoch setzte es die Versammlungsleitung durch, daß die Genossen Haupt und Blumenhol bis 11 1/2 Uhr sprechen konnten. Die Versammlung wurde ordnungsgemäß mit einem beschlossenen Beschluß auf die Internationale Sozialdemokratie um 12 Uhr geschlossen.

Die für die Aia im Siedlingpark statt. Weinmeisterstraße, angelegte Versammlung kam nicht zustande, da die Kosakentruppen die Schule seit dem frühesten Morgen besetzt hatten.

Die Versammlung in den Siedlingpark-Sälen, Woldebrandstraße, war von ca. 1000 Personen besucht und wurde nach einer kurzen Einleitung des Genossen Cito Schumann aufgelöst. Der Genosse Schumann wurde verhaftet.

Die Versammlung der Versammlung im Gewerkschaftshaus zog nach dem Paradenpark, da das Gewerkschaftshaus auch besetzt durch Kosakentruppen besetzt war. Dort wurde ein kurzer Redebeitrag über unsere Bewegung gegeben und die Resolution einstimmig angenommen.

In den Borussia-Sälen, Aderstraße, erschienen um 11 1/2 Uhr gegen 100 Soldaten in zwei Autos und räumten den Saal. Die Versammlung wurde aufgelöst, auf dem Hagenplatz eine Rebeversammlung einzuberufen, erklärte.

Die Hohenhausen-Säle waren schon vor 11 1/2 Uhr von Kosakentruppen, ausgerüstet mit Maschinengewehren und Flammenwerfern, besetzt. Die Menge strömte der Götterhöhe zu. In der Nähe des Gymnasiums wurde eine kurze Ansprache gehalten und die Resolution angenommen.

Die von 800 Personen besuchte Versammlung, Kolberger Straße 23, wurde um 11 1/2 Uhr aufgelöst. Der Leiter der Versammlung Karl Müller, der Schiffsführer Georg Jahn und der Referent Franz Jahnke wurden verhaftet und mit dem Auto nach dem Polizeigebiet 82 gebracht. Als die Menge in der Götterhöhe von den Truppen der Sicherheitswehre besetzt. In der Nähe des Gymnasiums wurde eine Ansprache gehalten, die mit Begeisterung aufgenommen wurde. Mit einem Appell an alle Proletariat, die streikenden Arbeit-

brüder und Schwestern zu unterstützen, schloß die imposante Versammlung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In den Borussia-Sälen, Müllerstraße, waren so viele Teilnehmer anwesend, daß eine Parallelsammlung im Garten stattfand. Um 11 1/2 Uhr wurden beide Versammlungen von einer bewaffneten Polizeitruppe aufgelöst, die Genossen Prochnow, Krause und Köpkel verhaftet. Auf die aus dem Versammlungsort fliehende Menge wurde an der Lugenburger- und Müllerstraße scharf geschossen. 12 Personen wurden verwundet, darunter mehrere schwer.

In den Germania-Sälen war der große Saal dicht besetzt. Tausende von Arbeitern füllten den Hof und die Umgebung des Saales in der Chausseestraße. Bei Eröffnung der Versammlung erschienen ein Rekrut und 10 Mann und forderten die Versammlung auf, den Saal zu räumen. Es bemüht sich eine ungeheure Erregung der Versammlungsbesucher beim Anmarsch der Truppen. Die Versammlungsleitung protestierte gegen die Ungeheuerlichkeit der Maßnahmen. Unter dem Druck der Truppen verließen die empörten Arbeiter den Saal.

Die Müller-Säle waren schon vor Beginn der Versammlung mit Sicherheitsmannschaften besetzt. Während der Polizeiführer noch einmal Nachfrage beim Polizeipräsidenten hielt, schloß der Referent in einstündiger Rede die Lage der Berliner Metallarbeiter vor ca. 1000 Personen. Als die Resolution angenommen war, kam der die Versammlung auflösende Offizier und erklärte, das Lokal räumen zu müssen. Die Versammelten gingen in völliger Ruhe auseinander.

Da die Löwenbräuer vollständig überfüllt war, machte sich eine Parallelsammlung notwendig. Beide Versammlungen von ca. 4000 Personen besucht, nahmen die andrängenden Menschenmengen nicht mehr auf und die Draußengebliebenen erwarteten auf der Straße den Schluß der Versammlung. Kurz nach Eröffnung der Versammlung im Saal erschienen die Truppen des Polizeipräsidenten und lösten die Versammlung auf. Der Versammlungsleiter und der Referent wurden verhaftet und der Saal abgeperrt. Trotzdem fand die Versammlung noch Zeit, die Resolution für die Metallarbeiter noch anzunehmen.

In Hennigsdorf fanden für die Arbeiter der A. S. G. und der Deutschen Waffenfabrik sowie für die Arbeiter aller übrigen Werke mehrere von vielen tausenden Arbeitern und Angestellten besuchte Versammlungen statt. Die Versammelten protestierten energig gegen die allgemeine Verhöhnung durch die bürgerliche Presse und wiesen den Versuch, Spaltung in die Arbeiterklasse zu treiben, energig zurück. Einstimmig sprachen alle Versammlungsteilnehmer den streikenden Solidarität aus.

In Oberhänneweide waren 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Ruf des Metallarbeiter-Komitees gefolgt. Das Lokal Rühlhäuser sah mit Garten und Saal die Anwesenden nicht. Der Referent gab Bericht über den Lohnkampf der Metallarbeiter. Einstimmig wurden die Resolutionen für die streikenden und ausgeperrten Metallarbeiter angenommen. Die Sitzungen durch die Polizeitruppen nicht stattfinden, nahmen die Versammlungen einen durchaus ruhigen Verlauf.

In Weichensee fanden die Vorussäle kaum den vierten Teil der Erschienenen. Auf dem Schloßplatz mußte eine Parallelsammlung stattfinden. Sicherheitstrupps erschienen in den Vorussälen und verhafteten den Referenten und Versammlungsleiter. In stürmischer Erregung protestierten die Versammelten gegen diesen ungesetzlichen Akt, zogen zum Schloßplatz, wo der Referent mit scharfen Worten das Vorgehen der Behörden geißelte. Unter Protest und unter Annahme der Resolutionen wurde die Versammlung geschlossen. Drei erschienen mit Flammenwerfern und Handgranaten bewaffnete Truppen; Arbeit für dieselben gab es nicht mehr.

In dem sonst so stillen Köpenick bewegten sich Scharen von Arbeitern dem Versammlungsort zu. Unter größter Aufmerksamkeit der Erschienenen schilderte der Referent die Verhältnisse in der Metallindustrie. Einstimmig wurden die Resolutionen angenommen. Auch diese Versammlung verlief in völliger Ruhe, da Polizeiaufgebot nicht erschienen war.

Die Versammlung in Treptow wurde durch Truppenaufgebot verhindert. Der leitende Offizier forderte den Referenten auf, auf die draußen stehende, nach Tausenden zählende Menge einzurücken und zur Ruhe zu mahnen. Der Referent leitete die Versammelten durch den mit Militär park besetzten Treptower Park zur kleinen Spielwiese im Plänterwald. Mit kurzen kernigen Worten wurde die Entwicklung des Lohnkampfes der Metallarbeiter geschildert. Einstimmig hielten sich die Versammelten hinter ihre streikenden Brüder. Wie die Versammlung stürmisch tief: „Trotz Notte!“

Ein bewegtes Bild boten die Straßen Moabit. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zogen nach der von den Truppen schon besetzten Vahnenholer-Drauerel. Niemand fand Einlaß; alles schied dem kleinen Tiergarten zu, wo von einem Sandkasten herab der Redner in kurzen Worten ein Bild der Bewegung gab. Unter lebhafter Zustimmung und protestierenden Rufen gegen die jeglichen Anzeichen wurde die Auspländung der Massen angeleitet. Die Resolution fand einstimmig Annahme. Mehr wie 6000 Personen gingen dann in aller Ruhe auseinander.

In Wilmers Park fanden die zur Versammlung Erlaubten keine Aufnahme. Parallelsammlungen machten sich notwendig. Scharf wurde die Verächtlichkeitsakt, die zum Erniedrigungskampf der Metallarbeiter führen sollte, geißelt. Hierin wandten sich die Redner gegen die Stellung des Reichs- und Provinzialparlamentes. In der Versammlung wurde die Besetzung des Reichs- und Provinzialparlamentes durch die Polizeipräsidenten und das Verbot der Sicherheitstrupps, die den Referenten zu ergreifen, abzubrechen. Die Resolutionen wurden trotzdem verlesen, einstimmig angenommen und mit einem Hoch auf die Solidarität wurden die Versammlungen geschlossen.

Mit Flammenwerfern erließen die Sicherheitswehre in der Drauerel Köpenick. Dem später eintreffenden Referenten wurde erst nach Verhandlungen mit dem Führer der Truppe der Zutritt zum Saal gestattet. Mit der Aufforderung, die Versammelten mögen ihren Arbeitgebern mitteilen, wie widersätzlich man gegen sie vorgeht, forderte der Referent auf, sich der Waffengewalt zu fügen. Alle um 11 Uhr ankommenden Versammlungsbesucher wurden von den Truppen auseinandergetrieben. In Raziendorf wurden aus der gebundenen Versammlung deren drei. Das Eingreifen des Arbeiterrats Raziendorf machte die Abhaltung der Versammlung möglich. Während der Führung der erschienenen Sicherheitstrupps auf dem Gemeindeamt verhandelte, schilderte der Referent den Stand der Bewegung. Erst nach der einstimmigen Annahme der Resolutionen erschienen die Sicherheitstrupps mit Maschinengewehren.

In den Pracht-Sälen des Chens fanden die andrängenden Versammlungsbesucher keine Aufnahme mehr. Es fand eine zweite Versammlung in der gegenüberliegenden Drauerel Germania statt. In beiden Versammlungen wurden die Referenten während des Vortrages verhaftet. Stürmische Entrüstung begleitete den ungesetzlichen Akt.

Die Andree-Säle lösten die Erschienenen bei weitem nicht. In der Andree-Straße waren Schwarz von Menschen. Auch hier verläuterten die Wachen die Versammlung rein wirtschaftlicher Angelegenheiten.

In der Schloßbrauerei Schöneberg wurde die Versammlung ebenfalls verhindert. Die andrängenden Massen gingen, ca. 10 000 Personen zählend, in den Köpenick. Drei Referenten blieben lange Anproben. Protest erhebbend gegen die Behinderung der Versammlungsfreiheit. Unerschütterlichem Protest und größter Entrüstung gegen die willkürliche Auslegung des

Versammlungsrechts durch den Polizeipräsidenten fanden die vor-

gelegenen Sympathieaktionen einstimmige Annahme. Am Abend vorher sprach eine Versammlung der barytechnischen und Aufsichtsbeamten sämtlicher Groß-Berliner Straßenbahnen, der Hoch- und Untergrundbahn den in wirtschaftlichen Kampf stehenden Metallarbeitern ihre vollste Sympathie aus.

Die heutige Versammlung im Café Bellevue im Lichtenberg war von 7000 Personen besucht, dieselbe konnte bis zum Schluß tagen. Abends schloß jedoch die Sicherheitswehre ein und verhaftete den Kollegen Pfaffen-schläger. Hierauf wurde das gesamte Gesellschaft mit militärischem Schreie geräumt.

Eine weitere Zweigerversammlung war von 3000 Beamten und Angestellten der Stadt Lichtenberg besucht, diese konnte bis zum Ende tagen. Dana begaben sich die Versammelten in geschlossenem Zuge zu ihren Arbeitsstätten.

Die vom Spandauer Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fand unter vollständigem Ausschluß der Besessenen in den Bismarcksälen in Spandau statt. In langen Reihen erschienen die Arbeiter der Firma Ottenstein u. Koppel, Deutsches Post- und Verlehdwesen in Staaten, die Arbeiter der Firma Bräsel und Runge, Scheinwerfer-Depot, sowie alle Notstandsarbeiter der Stadt Spandau. Der größte Saal Spandaus war zu klein, um die Massen der Erschienenen aufzunehmen. Die Versammlung konnte nicht stattfinden, da der hiesige Stadtkommandant auf sein Verbot bestand. Ein Abgeordneter aus der Versammlung erhielt von dem Stadtkommandanten die lakonische Antwort: „Ist mir ganz egal, ob das eine Gewerkschaftsversammlung ist, oder nicht. Das Verbot bleibt bestehen.“ Im Saal hatte die Spandauer Polizei ein hartes Aufgebot entsandt, und vor dem Saal, in der Feldstraße stand eine Kompanie holländischer Kosakentrupps, ausgerüstet mit Maschinengewehren, Handgranaten und sonstigen Waffengeräten. Der Versammlungsleiter Ostrowski teilte den Versammelten das aufrechterhaltene Verbot des Kommandanten mit, das mit Pflichtwort beantwortet wurde. Die Versammelten verließen in aller Ruhe den Riesensaal, sowie die anschließenden Straßen. Ein Vertreter der freien Angestellten-Verbände überreichte dem Versammlungsleiter eine Sympathie-Kundgebung für die streikenden Metallarbeiter.

Der Wachtmeister der Sicherheitspolizei Wilhelm Körner als Lockpfeil entlarvt.

In der Metallarbeiter-Versammlung in den Borussia-Sälen machte sich in der ruhigen Zuhörermenge ein Zivillist durch fortwährende aufbegehende Ruhe gegen die Polizei bemerkbar. Bei näherem Beobachten erhellte man eine Browningpistole in seiner Tasche. Ferner trug er folgenden Ausweis bei sich:

Gruppe I
Sicherheitspolizei des
Berliner Polizeipräsidiums.
Vorläufiger Ausweis.

Der Wachtmeister Wilhelm Körner ist seit dem 22. 9. 10 bei der Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidiums eingestellt und berechtigt, Waffen zu tragen. Sämtliche Posten haben ihn passieren zu lassen.

Gültig bis 22. Oktober 1910.

K. B.
Kusch,
Leutnant und Post-Offizier.

Sicherheitspolizei des
Berliner Polizeipräsidiums
Gruppe I
(Stempel).

Wiso: nicht genug damit, daß die Versammlungen verboten werden, daß Truppen aufgeboden werden, man schickt auch noch Lockpfeil in die Versammlungen.

Blutiger Zusammenstoß in der Müllerstraße.

Das Mülleraufgebot hat nun doch noch Opfer gefordert. Nachdem die Versammlung in den Borussia-Sälen aufgelöst war, strömten die Versammlungsbesucher in die Müllerstraße. Sie wurden von den Soldaten auseinandergetrieben. Da die Leute nicht schnell genug auseinandergerieten, feuerte ein Soldat ohne Befehl auf eigene Faust und traf einen Arbeiter in den Fuß. Darauf gerieten die Leute in große Erregung und wühlten sich wieder zusammen. Mittlerweile waren die drei Genossen Krause, Prochnow und Köpkel von den Sicherheitskavaliern verhaftet worden. Die Arbeiter, durch den vorherigen Schuß schon aufgebracht, gaben in lauten Zurufen ihrer Empörung Ausdruck. Sie folgten dem Zug mit den Verhafteten und speerten an der Genter Straße, Ecke Lugenburger Straße, den Straßenkamm. Als die Verhafteten in das Polizeigebiet gebracht wurden, erneute die Menge ihre Zurufe. Darauf wurde von den Soldaten scharf geschossen. Der Arbeiter Hermann Marx aus der Schulstraße 44 wurde getötet, zehn andere Leute zum Teil schwer verletzt.

Die Darstellungen der bürgerlichen Blätter sind, wie man das ja gewohnt ist, tendenziös gefärbt. Eine direkte Bedrohung der Soldaten hat nicht stattgefunden, ein Anlaß zum Scharfschießen hat also nicht bestanden. Also erstreibt man die Arbeiterschaft durch Unterdrückungsmassnahmen in Erregung, dann gibt man ihr blaus Vohnen. Diese Taktik wird sich rächen.

Die Verhaftungen der Funktionäre.

Wie aus unseren Berichten über die Versammlungen hervorgeht, ist eine große Zahl von Funktionären in und nach den Versammlungen verhaftet worden. Es bedarf keiner besonderen Verhöhnung, daß diese Verhaftungen vollkommen ungesetzlich sind. Der Vorstand des Metallarbeitervereins hat deshalb beim Ministerpräsidenten Bauer und beim Polizeipräsidenten Ernst telegraphisch Protest gegen dieses Vorgehen erhoben. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich zu einem entschiedenen Protest veranlaßt gesehen. Die Berliner Gewerkschaften werden sich aber auch weiterhin mit diesem Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die persönliche Freiheit ihrer Funktionäre zu beschäftigen haben.

Wie wir ferner erfahren, hat der mit der Verhaftung des Anklagesache betraute Staatsanwalt erklärt, das Anklagematerial sei den Kriegsgerichten zugeführt. Sollte diese Angabe richtig sein, so wäre das ein unerhörter Streich. Nach dem Verlauf der Versammlungen kann, wenn man überhaupt ein Vergehen annehmen will, nur die Nichtanmeldung der Versammlung als strafbare Handlung in Betracht kommen. Die Verhaftung an ein Kriegsgericht aber würde bedeuten, daß eine Strafverfolgung wegen Aufruhr, Landfriedensbruch oder eines ähnlichen Verfalls erfolgen sollte. Ist das beabsichtigt? Der Genosse Paul Frankl, Mitglied der Nationalversammlung, der trotz seiner Immunität als Abgeordneter, verhaftet worden ist, ist gestern abend um 6 Uhr aus der Haft entlassen worden.

Lebensmittelfaender.

Spandan. In der Woche vom 20. September bis 4. Oktober...

Aus den Organisationen.

Werkler Kreis. Bildungsausschuss. Der letzte Vortragabend...

Werkhof. Heute abend 7 1/2 Uhr im Lokal von...

Vereinsfaender.

Sozialistischer Kreis. Sitzung am 8. Oktober, abends...

Arbeiter-Schulung. 13 u. Oktober jeden Sonntag in den...

Geschäftliche Mitteilungen.

Stehns Buch. Das gegenwaertige Programm mit...

Theater und Vergnuegen. Volksbuehne. Opernhaus. Schauspielhaus.

Casino-Theater. GroeBstadt-Pilzenen. Walhalla-Theater.

Wintergarten. Varieteevorstellung. Circus Busch.

Rönngräzer Straße. Komödienhaus.

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen.

Residenz-Theater. Das höhere Leben.

Schweizer-Garten. Kabarett.

Residenz-Lichtspiele. Vendetta.

ODEON-THEATER. Der Totentanz.

Feindliche Gatten. Indische Nächte.

Merkur-Palast. Henny Porten.

Wer jetzt kauft, kauft billig! Paazer, Kürschnermeister.

TRAURINGE. DUKATENGOLD 900. Weinstock.

DIE WELTBÜHNE. Der Schauspiel XV. Jahr. Herausgeber: Siegfried Jacobsohn.

JUGEND BUCHHANDLUNG UND HEIM. Berlin C2 Brüderstraße 43.

Empfehle meine la. Qualitäts-Cigarren. Max Crawander.

Verkaufen Sie nicht Ihre alten Gebisse. Erst überzeugen Sie sich von meinen hohen Preisen.

TRAURINGE. DUKATENGOLD 900. Weinstock.

Platina Gramm 46 M. Alte Gebisse bis 750 M. Gold, Silber kauft.

Arbeiter-Betriebsräte. Achtung! Arbeiter-Betriebsräte.

Arbeiter u. Angestellte der Ufa. Vortrag über Ziel und Zweck der Betriebsräte.

Achtung! Freiheit-Abonnement! Speditions-Anderungen.

TRAURINGE. DUKATENGOLD 900. Weinstock.

Möbel. NICOLAUS PINDO. Möbel-Cohn.

Möbel-Cohn. Gr. Frankfurter Str. 58.

Möbel. Küchen. Schlafzimmer.

Küchen. Schlafzimmer. Möbel-Cohn.

Elektromotoren. Botenfrauen.

Botenfrauen. Johannisstrasse 9.

Deutsche Nationalversammlung

89. Sitzung von Donnerstag, den 2. Oktober.

Die Aussprache über den Tiefstand der deutschen Valuta wird fortgesetzt. Abg. Heim (Bayr. V.): Auch die reicheren Länder haben ohne Ausnahme einen Rückgang der Valuta zu verzeichnen.

Abg. Wurm, II. S. V. D.

Der Herr Vortrager hat sehr recht, wenn er sagt: es gibt keine Wiedergewinnung ohne Arbeit. Ich habe das bereits vor einigen Monaten, als wir noch in Weimar saßen, ausgesprochen.

eine Konferenz von Sachverständigen einberufen.

und zwar nicht von Interessenten allein, sondern von sachverständigen Volkswirtschaftlern. Soweit ich informiert bin, sind bisher nur die Interessenten, das Bankgewerbe, die Großindustrie, vielleicht auch Vertreter einiger Arbeiterkategorien gehört worden.

ungeheure Mengen von Worten verflochten, verpulvert und zerdrückt hat.

so mußte dies auf der einen Seite das Angebot von Waren im Inlande verringern, auf der anderen Seite Deutschland zwingen, Waren vom Ausland in größerem Maße zu kaufen und dadurch immer größere Mengen Wertzeichen, das heißt Geld, auf den Markt bringen.

Das erste, was der Herr Reichsfinanzminister in seiner Denkschrift vorlegt, ist, daß wir dafür sorgen müssen, daß eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung

hat, ein Standpunkt, den ich von jeher vertreten habe. Nach vor den Rohstoffen zur Verarbeitung aller Produkte aller Art kommt die Nahrung; denn ohne den lebensdienlichen Menschen können alle Rohstoffe nichts, kann der Betrieb nicht aufrecht er-

halten werden. Ein ganz großer Teil der Wirtungen und Zudängen, unter denen das deutsche Volk leidet, ist eine Hungersnot, (siehe richtig! bei den II. S.) hervorgerufen durch die fortwährende Unterernährung, die auch heute bei den großen Schichten, bei den großen Massen der Arbeiter noch keineswegs behoben ist. (Sehr wahr! bei den II. S.) Es erbittert nicht nur den Bauern, wenn der Stiefel 300 Mark kostet, es erbittert auch den Arbeiter, wenn er solche Bahnhofspreise für seinen notwendigen Lebensbedarf ausgeben muß, wenn er für einen einzigen 500 Mark für die Befahrung für ein paar Stiefel 30 und 35 Mark bezahlen muß.

Freigabe des Hafers

herangezogen hat. Wir haben auch im volkswirtschaftlichen Ausfluß von allen Seiten gehört, welcher Beitrag dadurch verübt wird, daß der Hafer freigegeben worden ist, und nun gemischt mit Roggen, nicht nur im Inlande herumwandelnd, sondern über die Grenze geht, daß nun ein nicht unbeträchtlicher Teil in die Dichtböden wandert, so daß ein ganzer Teil unserer Broternährung dadurch aufs ernste gefährdet ist.

Unter der ausreichenden Ernährung brauchen wir, wie die Denkschrift mit Recht hervorhebt, ausreichende Rohstoffe, und damit wir diese Rohstoffe bekommen, müssen wir wieder freibändig sein, müssen wir vom Ausland kaufen können. Ich gebe auch darin dem Herrn Reichsfinanzminister und den Sozialdemokraten recht, die sich hier dazu geäußert haben: wir müssen bei dieser Einfuhr und der nicht notwendigen Ertrag unterlassen, wie wir die überflüssige Einfuhr ebenso verhindern, wie wir die notwendige Einfuhr zu fördern haben.

Dazu bedarf es vor allen Dingen einer Politik, nach außen wie nach innen, die das Bestehen des Volkswirtschaftlichen Wohls sicherstellt, die die Rohstoffe in die Höhe kommen werden. Und da komme ich wieder zu derselben Voraussetzung, mit der ich begann: wir werden nicht eher eine Gesundung unserer Volkswirtschaft bekommen, bis die Produktion nicht mehr Sache einzelner Kapitalisten ist, die den Arbeitsmarkt beherrschen und bestimmen, sondern die arbeitenden Massen selber die Produktion regeln, bestimmen und für sich den vollen Ertrag verwerten können.

Bei den Finanzgesetzen habe ich schon darauf hingewiesen, welches verhängnisvolle Bewußtsein es ist, wenn dieses zusammenhängende Finanzgesetz dadurch gemindert werden soll, daß der Staat daneben leidet und sich von den Kapitalisten einen Teil dessen wiedergeben läßt, was er an Mehrwert den Arbeitern abgenommen hat. (Sehr richtig! bei den II. S.) Wie wir auf dem Gebiete unserer Finanzgesetze nicht eher gefunden können, als bis wir den Mehrwert völlig in den Besitz der Gesamtheit überführen, der heute nur einzelnen zugute kommt, so gelangen wir auch auf dem Gebiete der Valutastärkung nicht zu einem erfreulichen Resultat, wenn wir nicht die gesamte volkswirtschaftliche Lage, das gesamte Volkswirtschaftliche im weiteren Sinne des Wortes bedenken.

in der Metallindustrie die Unternehmer einfach jede Verhandlung um Verbesserung der Löhne ablehnen und so direkt einen Streik provozieren?

Wenn man immer wieder sagt: die Löhne sind so hoch, und wenn die Arbeiter den Nachweis liefern, daß sie damit nicht leben können, dann heißt das eben: den Streik provozieren! Und die Regierung fühlt sich dabei in ihrem Dasein als Schwächling des Unternehmertums. (Sehr gut! bei den II. S.) Wie spielen die Löhne, wie sie zu den Preisen eines Kaufmann gegenüber einer Streikbewegung auch nicht anders hätten sein können. Um allem die Krone aufzusetzen, wird und eben hierher telegraphiert, daß vor einer Stunde in einer Metallarbeiterversammlung ein Mitglied dieses Hauses — der Herr Abgeordnete Frick, Mitglied unserer Fraktion — verhaftet worden ist (Hört! hört! bei den II. S.) obwohl er Abgeordneter ist. Verlangen Sie dann, daß die Arbeiter ruhig sind, daß man im Inland wie im Ausland Vertrauen zu der ganzen Entscheidung haben kann!

Das es sich bei diesem Kampf um einen Wirtschaftskampf handelt, ist auch von den Metallarbeitern der rechtssozialistischen Partei ausdrücklich anerkannt worden. Es ist Spitzelarbeit, wenn gesagt wird, daß der Streik auf das politische Gebiet hinübergelagert werden soll. (Sehr wahr! bei den II. S.) Ich finde es geradezu unerträglich, daß ein Mitglied der Demokratischen Partei von dieser Stelle aus gegen den Oberbürgermeister Wermuth Vorwürfe machte, weil der Oberbürgermeister Wermuth aus freien Stücken eine Vermittlung zwischen den Unternehmern und Arbeitern versuchte. (Hört, hört! bei den II. S.) Das hilft unserer Valuta und unserem Wirtschaftsermögen mehr als alle Kosten-Erlöse und alle Schmiergelder, wenn jemand vermittelt und eine Verständigung zu erzielen versucht, als wenn man mit brutaler Faust alles niedergestrichen hat. Was der Herr Oberbürgermeister Wermuth in dieser Sache getan hat, verdient den Dank der Arbeiter. Aber das sind ja Gründe, die bei den Herren Männern heute nichts anmachen. Man sieht sich so sehr glücklich, daß von der rechten Seite dieses Hauses der Herr Abgeordnete Frick als Anerkennung auch als künftiger aller künftigen Kriegsminister und Wehrminister in der Tasche hat. (Widerstand rechts.) Wir können Ihnen diesen Gefallen nicht machen, aber dadurch nicht zu jener Verurteilung kommen, die notwendig ist, wenn wir ein besseres Wirtschaftssystem haben wollen. (Stille des Präsidenten.) Wir kommen überhaupt nicht aus diesem Dilemma, aus diesen verzweigten Verwicklungen heraus, wenn nicht eine, nämlich in der Wirtschaft selbst ist.

langfristige Anleihe vom Ausland

erhalten. Das Land, das allein diese langfristigen Anleihe zu gewährleisten in der Lage ist — das einzige Land in diesem ganzen Weltkriege, ist Amerika. Die Gefahr ist nicht von der Schuld zu wahren, daß der amerikanische Kapitalismus sich die Kapitalisten zu einem Weltmarkt zwingen muß und daß auch die Kapitalisten der anderen Länder endlich begreifen, daß eigentlich jenes Kapitalist bedingt, daß ich kein Mitglied sein in die Welt zu kommen, sondern Kapitalisten der allerersten Klasse, vornehmlich auch in der Grundbesitz dieses Weltmarktes bedingt: Mühe und Mühen, denn die Gefahr ist groß! Das erkennen ja die Metallarbeiter der Sitzung und der Industrie in allen Ländern. Die Gefahr ist groß, daß die Arbeiterbewegung in allen Ländern dem heutigen System entgegensteht, und die Gefahr ist deswegen groß, daß wir bei den Arbeitern, die mit vom Ausland erhalten, Bedingungen besser bekommen, die für eine Entwicklung unserer politischen, wirtschaftlichen, sozialen Lebens, insbesondere für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auch noch so zur Schau trägt, ganz unmöglich ist, welche Gefahr liegt, wenn nur die Fährne von dem Weges des Fortschritts gehen.

Wie auch diese Bäume des Kapitalismus werden nicht in den Himmel wachsen! Deutschland kann meiner Überzeugung nach nur an Rußland ansetzen.

nur in engstem Zusammenhang mit der wirtsch. Volkswirtschaftlichen und politischen Entwicklung. (Sehr wahr! bei den II. S.) Aber augenblicklich ist Rußland selber nicht in der Lage, uns das zu liefern, was wir brauchen, um unser Wirtschaftssystem in Gang zu bringen; und das wäre doch die Voraussetzung dafür, daß wir auch eine bessere Valuta bekommen.

von dem Herrn Abg. Götlich ist geltend gemacht worden, daß nämlich die Sozialisierung in Deutschland ein Hindernis für den Erfolg aller Wirtschaftspolitik und Kreditverträge mit Amerika sein könnte, was man aber bei der Realpolitik Deutschlands nicht übersehen darf. (Sehr wahr! bei den II. S.) Ich habe den Kapitalismus in seinen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Beziehungen höher ein. Der Kapitalist verlangt seine Menschen freieren, wenn er nur weiß, daß er die Ware bezahlt bekommt. Bei seiner Staatsform, vor seiner Wirtschaftspolitik, bei der Kapitalismus, wenn er Geld verdienen kann, jemals Halt gemacht. Ich sage dazu, seine Wege umgehen, besonders

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermine zur Mühle n.

Jimmie Higgins betrat Loms Buffeteria, begrüßte den Wächter, setzte sich vor den Schankisch, bestellte Kaffee und nahm sich einige Brötchen, die die Begrüßung „Brotungsgrüßel“ verdient hätten, so sehr waren sie mit Luft angefüllt. Jimmie Higgins begann zu essen, sah sich zu gleicher Zeit um, ob Tom das Plakat nicht fortgenommen habe, denn Tom war Katholik, und Jimmie beachtet hauptsächlich seine Wirtschaft, um ihn und die Angestellten in Diskussion über Ausbeutung, ungerechte Profite und dergleichen zu verwickeln.

Doch noch ehe es heute zu einer Diskussion kam, betrachtete Jimmie den ganzen Raum. Im Hintergrund befanden sich vier kleine, wachsteinwandbedeckte Tische, und an einem dieser Tische saß ein Mann. Jimmie blickte ihn an und war derart verblüfft, daß er seinen Kaffee verschüttete. Unmöglich — und doch — dies Gesicht war nicht zu verkennen. Die Büge eines Gottesmannes aus dem Mittelalter, mager, asketisch, durch einen Hauch moderner Güte gemildert; eine Glorie leuchtete aus dem Haar, wie der aufgehende Mond über eine Brücke. Jimmie sah sich, warf einen raschen Blick auf das Plakat und sah abermals den Mann an. Dieser blickte auf, begegnete Jimmies staunenden, ehrfurchterfüllten Augen. Es war leicht in ihnen zu lesen, besonders für einen Kandidaten, der, redendhaltend, das Band durchreißt und gewohnt ist, nach seinen Wünschen erkannt zu werden. Er lächelte, und Jimmie erhob sich, mit zitternder Hand die Kaffeetasse niederstellend.

IV.

Jimmie hätte nie den Mut gehabt, vorzutreten, wäre nicht das Lächeln des anderen gewesen, ein mildes, doch aufrichtiges, heraldisches Lächeln. „Guten Tag, Genosse,“ sagte der Mann. Er streckte die Hand aus, und kein Händedruck brachte Jimmie Higgins dem Himmel näher, als er es je früher gewesen war.

Da er endlich seine Stimme wieder fand, stammelte er: „Sie sollen doch erst um fünf Uhr dreißig eintreffen.“

Dies war dem Kandidaten nichts Neues; er erklärte, er habe vorige Nacht keine Zeit zum Schlafen gefunden, und sei früher hier angekommen, um sich während des Tages etwas ausruhen zu können. „Ja,“ entgegnete Jimmie, „ich habe Sie nach Ihrem Bild erkannt.“

„Ja?“ meinte der andere geduldig. Jimmie suchte in seinem verirrten Kopf nach den richtigen Worten. „Sie werden wohl das Komitee leben wollen?“

„Nein, ich möchte erst fertig essen“ — und er trank einen Schluck Milch und biß in ein Sandwich.

Jimmie war derart erschüttert, daß er wortlos verharrete, während der Kandidat seine Mahlzeit beendete. Dann sagte er abermals, es sei ihm gar nichts anderes ein. „Sie werden wohl das Komitee leben wollen?“

„Nein,“ lautete die Antwort, „ich will hier sitzen bleiben und mit Ihnen plaudern, Genosse — Genosse?“

„Jimmie.“

„Genosse Higgins, falls Sie Zeit haben.“

„Freilich,“ rief Jimmie, „ich habe Zeit. Aber das Komitee...“

„Lassen Sie das Komitee, Genosse. Wissen Sie, mit wie vielen Komitees ich auf meiner Fahrt zusammengestossen bin?“

Jimmie wußte es nicht und es fehlte im der Mut, zu fragen.

„Sie haben gewiß nie darüber nachgedacht,“ fuhr der andere fort, „was es bedeutet, Kandidat zu sein. Man fährt von einem Ort zum andern, hält Abend für Abend die gleiche Rede; hildweilen denkt man, alle Hotels, in denen ich übernachtete, und jedes Komitee, mit dem ich zusammenstieß, seien die gleichen. Dabei darf ich nie vergessen, daß meine Rede für meine Zuhörer stets neu ist, ich muß sie halten, als hätte ich sie zum erstenmal, darf ich nicht vergessen, daß jedes Komitee aus treuen Genossen besteht, die alles für die gute Sache opfern. Darum darf man ihnen auch nicht sagen, daß sie jedem anderen Komitee gleichen und daß man trotzdem ist und Kopfschmerzen hat.“

Jimmie verharrte in ebensolcher schweigender Schwärze. Ein unbeschwerter Mann, konnte er den Satz, unwillig lächelte das Gesicht, das eine Krone trägt“ nicht. Zum erstenmal sah er Größe aus allernächster Nähe.

Der Kandidat brach weiter: „Und zu allem noch die Nachrichten aus Europa; ich brauche Zeit, mich zu setzen.“

Sein Gesicht hatte sich verzerrt, Jimmie war es, als bläse das ganze Land der Welt auf den unheimlichen, grauen Augen.

„Ich will Sie nicht stören,“ meinte er hastig.

„Nein, nein,“ erwiderte der Kandidat, „ich zusammennehmend. Er blickte auf und bemerkte, daß Jimmie das Essen vergessen habe. „Sollen Sie Ihre Sachen her,“ sagte er, und Jimmie holte seine Tasse und beugte seine Brötchen vor den Augen des Kandidaten.

„Ich dürfte nicht sprechen,“ bemerkte dieser, „Sie ganz besser. Neben Sie, erzählen Sie mir von der Welt, der Gruppe, und wie die Dinge hier stehen.“

Jimmie nahm seinen ganzen Mut zusammen, dies war das einzige, worüber er sprechen konnte, das einzige, was ihm Herz und Seele erfüllte. Was er wollte war eine kleine Industriefabrik, mit einer Glasfabrik, einer Bauerei, einer Leinwandfabrik und der großen „Campus-Druckerei“, wo Jimmie in der Woche dreißig Stunden (eines Lebens) verbrachte. Die Arbeiter waren hier natürlich recht stumpf, doch durfte man nicht sagen, die Bewegung griff um sich. Die Ortsgruppe zählte bereits hundertzwanzig Mitglieder, freilich waren davon höchstens dreißig aktiv. Dies lag überall so, was der Kandidat ein, akzentuiert sei es eine kleine Schat Oberflächlicher, die in die ganze Welt bringt.

Dann erzählte Jimmie von dem heutigen Meeting, den Vorbereitungen, den Hindernissen. Die Polizei sollte sich für gut befinden, das Gesetz gelte zu machen, damit zulolge keine Zirkulare in die Häuser getragen werden dürften, solange sie „Rede Emporen“, dem großen Wortschatz, diese Art der Rede anstimmte. Der „Lobviller Herald“ und das „Kommunist“ waren über diese beispiellos Maßregeln begeistert; durfte man keine Zirkulare austragen, so mußte man notgedrungen in den Sitzungen anwesend sein. Der Kandidat lächelte, er konnte sowohl die amerikanische Polizei als auch den amerikanischen Journalismus.

(Fortsetzung folgt.)

...aus der Weltwirtschaft aus. Amerika, das 1913 und für 117 Millionen Mark Waren, das sind 18 Prozent unserer eigenen Einfuhr, geliefert hat und das aus Deutschland für 200 Millionen Mark Waren bezog, das also das 2 1/2 fache von dem nach Deutschland exportierte, was von und dorthin importiert wurde, dieses Amerika hat ein wirtschaftliches Interesse daran, daß es seine Ware auch noch weiter las wird. Infolgedessen handelt es sich für den amerikanischen Kapitalismus wie für den Kapitalismus des Westens überhaupt, nicht um die Frage, welcher Art unsere Regierung ist, sondern ob die Regierung auch in der Lage ist, ihre Verpflichtungen einzuhalten, ob sie die Macht und das Vertrauen des Landes besitzt, so daß sie in der Lage ist, das zu erfüllen, was sie versprochen hat.

Wenn wir aus den jammervollen wirtschaftlichen Verhältnissen, die durch den Stillstand unserer Wirtschaft nach wesentlichen Veränderungen werden, hervorkommen wollen, ist es dringend notwendig,

daß wir eine innere Politik beschaffen, die das Vertrauen der Arbeitermassen in die Zukunft aufricht erhält.

Das ist eine innere Politik, die wirklich tatkräftig daran geht, das umgefallene, was umgefallen ist, damit wir auf die höchste Produktionsstufe kommen, damit wir zu einer Verbesserung unserer ganzen Wirtschaftsverhältnisse kommen, die allein in der Lage ist, uns aus dem Stand herauszuführen. In dem wir sonst verfallen. Deswegen widerstehe ich, was ich zu Anfang gesagt habe. Wir brauchen einen Zusammenstoß von geistigen Kräften, die hauptsächlich in Theorie und Praxis sind, um diese Fragen zu beraten und die Regierung vorzubereiten zu machen, wir brauchen eine Konferenz von Volkswirtschaftlern, selbstverständlich mit Einwirkung der Sozialisten, von Fachleuten aus der Praxis, aus der Industrie, der Industrie, des Gewerbes und der Arbeit. Wir brauchen aber vor allen Dingen eine Regierung, die gewillt ist, die Rechte der Arbeiterklasse zu achten, die nicht dem Drängen der Unternehmer nachgibt, die sich nicht auf die Seite des Unternehmers stellt, wie es gerade wieder dieser Metallarbeiterstreik gezeigt hat. Dadurch schließt man unsere Verhältnisse im Ausland und unsern Kredit im Ausland mehr, als alle stimmten Beschlüsse anderer Verordnungen auf politischem Gebiet sonst schädigen könnten. Wollen Sie eine Verbesserung unserer Wirtschaftsverhältnisse, dann fangen Sie bei sich zu Hause im Innern an und ändern Sie die innere Politik; dann werden auch unsere Beziehungen zum Ausland besser werden. (Lebhafter Beifall u. d. U. S. G.)

Reichstagsmitglied Graf v. Helldorf: Wenn der Abgeordnete diesen dem Zusammentritt einer Konferenz von Sachverständigen verlangt hat, die die Gründe unserer schlechten Wirtschaftsverhältnisse erklären soll, so kann ich ihm mitteilen, daß diese Konferenz bereits zusammengetreten ist und heute schon gelagt hat. Der Herr Wurm hat weiter erklärt: Wir brauchen eine Regierung, welche die Rechte der Arbeiter achtet. Darin bin ich durchaus mit ihm einverstanden. Herr Wurm und seine Freunde sollen und dabei aber nicht in den Arm fallen. Wir achten die Rechte der Arbeiter, die mit Ruhe ihrer Arbeit nachgehen. Wir achten diese Rechte aber gegenüber jedermann. In dieser Beziehung befindet sich die Regierung also in voller Übereinstimmung mit dem Abgeordneten Wurm. Daß die Regierung sich in dem Metallarbeiterstreik auf die Seite des Unternehmers gestellt hat, ist unabwehrbar. Die Regierung hat sich überhaupt nicht eingemischt. (Lebhafter Beifall: Versammlungsbewegung) Wenn Verhandlungen nicht amenable werden, dürfen sie nicht abgehalten werden, ab es sich dabei um Arbeiter oder andere Leute handelt, ist ganz falsch.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Veränderung der Verordnung über die

Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Nachdem Ihnen die von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden auf Antrag eine Beschränkung der Lage der selbständigen Betriebsbetriebe um höchstens eine Stunde genehmigen. Nach der alten Verordnung darf in Bäckereien und Konditoreien an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht gearbeitet werden. Nach der neuen Vorlage sollen von 1/2 bis 1/2 Uhr vormittags leichtverdauliche Konditorwaren hergestellt und ausgetreten werden können. Ferner dürfen nach 6 Uhr abends während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebs am folgenden Werktage notwendig sind.

Herr Hader (Soz.): Die Erleichterungen der Verordnung dürfen nicht zum Zweck des Gewinns mißbraucht werden. Ich schlage vor, den Entwurf dem sozialen Ausschuss zu überweisen.

Herr Hof (U. S. G.): Man will die Sonntagsruhe wieder beschützen; dagegen erheben wir Einspruch. Der Arbeiter muß zu seinem Recht kommen. Creme und Schokolade sind Luxuswaren, für die wir die Arbeit nicht verlängern müssen. In England ist der freie Sonntag und der freie Sonnabendnachmittag freigesprochen.

Nach einer Nichtabstimmung durch den Reichsarbeitsminister Schölknecht wird die Vorlage einem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Aus der Partei.

Konferenz des Wahlkreises Prenzlau-Angermünde.

Am vergangenen Sonntag fand in Angermünde eine Bezirkskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Prenzlau-Angermünde statt, in der die Besprechung der Bezirksangelegenheiten vorgenommen wurde. Es wurde beschlossen, den Bezirksvorstand aus 12 Personen zu wählen, als Erster Vorsitzender wurde Stadtverordneter Hermann Steinweg, Prenzlau, gewählt, der auch zum Delegierten, zu dem am 6. Oktober in Berlin stattfindenden Verbandsgeneralsammlung gewählt wurde. Eine Genossin aus Friedrichshagen referierte über Frauenfragen und forderte die Genossinnen auf, gemeinsam mit den Männern für die Befreiung der arbeitenden Menschheit einzutreten.

Der zweite Vorsitzende Gen. Krause-Brill, der einen vorläufigen Vorschlag über Preis und Ziele der U. S. V. D. hielt, teilte mit, daß bereits 28 Ortsgruppen im Kreis Prenzlau-Angermünde gegründet sind, von den kleinen Orten sehen Angermünde mit über 200 Mitgliedern und Reizow mit 77 Mitgliedern an der Spitze. Mit einem Mahnrufe des Gen. Krause, diesem Beispiele der kleinen Ortsgruppen zu folgen und nicht eher zu ruhen bis die Ziele der U. S. V. D. bewirkt sind, schloß der zweite Vorsitzende die Konferenz.

Deputatspartei für Groß-Thüringen.

Am Sonntag fand in Erfurt unter Teilnahme des Genossen Stöcker vom Zentralkomitee ein außerordentlicher Deputatspartei für die U. S. V. D. Groß-Thüringens statt. Genosse Pappenstein, der über die Reichskonferenz berichtete, trat für den vorläufigen Verbleiben in der zweiten Internationalen ein. In der Diskussion widersprachen unsere Redner ein scharfes Gewerbe des Marktsystems als Kampfmittel. Grundätzlich sprach sich niemand gegen den Parlamentarismus aus. In der Frage der Internationalen trat die Mehrzahl der Redner für die dritte Internationale ein, ohne daß es zu einer Abstimmung kam. Bei der Behandlung der Frage Groß-Thüringen erklärten sich die meisten Redner der Einzelstaaten für einen Hebergang an die U. S. V. D.

Der Bezirksleiter Gen. Schölknecht erstattete Bericht über den Stand der Organisation. Die Mitgliederzahl des Bezirks

Die Zahl der Ortsgruppen beträgt 185, von denen 20 von den Reichssozialisten übergeben sind. Der Bezirk zählt 8 selbständige Tageszeitungen und ein Hauptblatt.

Groß-Berlin.

Eine stürmische Lebensmitteldebatte im Berliner Rathaus.

Bestern ging es in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wieder einmal sehr lebhaft zu. Ein sozialdemokratischer Antrag erzielte den Magistrat, Gemüse, Obst usw., das von den Großhändlern nicht abgenommen wird, in den Markthallen zu billigen Preisen anzubieten, damit die Stadt keine Verluste habe, einen Druck ausübe und prelderegulierend wirke. Stadtverordneter (Soz.) begründete diesen Antrag und griff dabei den Einkäufer Bergenthal an, der Obst in Baden mit 20-25 Mark pro Zentner eingekauft und in Berlin mit 75-80 Mark wieder verkauft hat. Stadtrat Kunge verteidigte den Magistrat mit dem Hinweis, daß, wenn diese hohen Spannen zwischen Ein- und Verkaufspreis nicht gezahlt werden, die Bevölkerung überhaupt kein Obst bekomme. Stadtverordneter Kuch führt diese Mißstände auf die Zwangswirtschaft zurück, obwohl gerade für Obst die Zwangswirtschaft gar nicht mehr besteht. Dem Oberbürgermeister Vermuth machte der Redner wegen seines Eintretens für die Kommunalisierung heftige Vorwürfe.

Oberbürgermeister Vermuth wies diese Angriffe energisch zurück und wies dem Redner vor, daß gerade von dessen Gesinnungsgenossen in der Ernährungsfrage viel an der Bevölkerung gesündigt worden sei. Auch der Herr Bergenthal habe nur infolge der übertriebenen Aushebung der Zwangswirtschaft die Preisgewinne in seine Tasche stecken können.

Auch Genosse Hinz wandte sich gegen den frommen Mann, namens Koch, und wies auf die Schwierigkeiten der Ernährung im kommenden Winter hin. Dessen Freunde wollen ja gerade, daß die Lebensmittelpreise in Unendliche steigen und sie nehmen dabei auf die arme Bevölkerung gar keine Rücksicht. Wenn es nach ihnen ginge, müßte die arme Bevölkerung verhungern. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der äußersten Rechten angenommen.

Ein anderer Antrag Koch und Genossen verlangte, daß jüdischen Vormündern die Vormundschaften über evangelische Kinder entzogen wird. Dieser antisemitische Tendenz entsprechende Antrag wurde nach längerer Diskussion gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde die Neuwahl der Magistratsmitglieder vorgenommen. Die bürgerliche Fraktion erhielt vier Sitze, die Reichssozialisten ebenfalls vier, die Demokraten und die Unabhängige Fraktion drei Sitze. Von der Unabhängigen Fraktion sind die Genossen Rüd. Kerner und Will gewählt. Für die Wahl der Abgeordneten zum Provinzial-Landtag waren zwei Vorschlagslisten eingereicht worden, die eine von der Unabhängigen Fraktion, die zweite gemeinsam von allen bürgerlichen Parteien und den Reichssozialisten. Die Unabhängige Fraktion hatte Anspruch auf zwei Sitze. Durch dieses Wahlhandlung der Reichssozialisten mit den Bürgerlichen gelang es jedoch der Unabhängigen Fraktion einen Sitz zu entreißen, der dadurch der Bürgerlichen zufiel. Gewählt wurde von der Unabhängigen Fraktion Genosse Kiefer. So haben auch in diesem Falle die Reichssozialisten gezeigt, daß sie sich von den Bürgerlichen in nichts unterscheiden und ihnen zu einem Nachzuzug verbessern, wenn es gegen die Unabhängigen geht. Die Vorlage des Magistrats über den Bau von Kleinwohnungen an der Riedenburgstraße wurde angenommen, und zugleich beschlossen, daß die Bauten zweifach auszuführen werden sollen. Es werden schon 150 Wohnungen gebaut. Die Vorlage des Magistrats über die Förderung der Bildungsbereitungen wurde auf den Antrag des Genossen Dr. Löwentz einmütig beschlossen. Es sollen auch Kurse über Sozialismus eingerichtet werden. Zum Schluß der Sitzung gelangten noch kleine Anfragen zur Verhandlung, auch wurde der Antrag der Unabhängigen Fraktion, den unbefähigten Magistratsmitgliedern Entschädigung und Arbeitsort zu gewähren, einem Ausschuss überwiesen.

Zum besoldeten Stadtrat für das Gesundheitswesen wurde der bisherige unbefähigte Stadtrat Köhlig gewählt.

Kommunale Arbeiterräte der U. S. V. D.

Die örtlichen Arbeiterräte werden ersucht, schnellstens zu der Neuwahl eines Mitgliedes des kommunalen Ausschusses im Volksgesetz Stellung zu nehmen. Die Vorschläge sind sofort an den Fraktionsvorstand zu Händen des Genossen Richard Weisser, Berlin-Stralau, Krautstraße 2, unter Beifügung eines kurzen Berichtes über die Partei- und kommunale Tätigkeit des vorgeschlagenen Kandidaten einzusenden. Der Fraktionsvorstand, J. A. Weisser.

Schulhaushaltsdebatte.

Am 25. Juni wurde der Kommunist Gustav Neumann, Weisstraße 55, in Schönhof genommen. Neumann, der schwerer Epileptiker ist, wurde vom Jellengefängnis in der Rechter Straße nach der Krankenabteilung im Untersuchungsgefängnis Altschloß überführt, weil nach dem Gutachten des Arztes seine Gefährlichkeit unzulässig ist. Da er aber auch im Untersuchungsgefängnis in Einzelhaft gehalten wurde, gab das Reichsjustizgericht am 18. September eine Anweisung, daß Neumann sofort in das Garnisonlazarett überführt werden solle. Trotzdem verweigert das Garnisonlazarett jetzt noch seine Aufnahme, so daß er weiter in der bei seiner Krankheit äußerst gefährlichen Einzelhaft gehalten wird. Wenn es sich um die Köder von Proletariaten handelt, sind die Militärbehörden zur Überweisung in Sanatorien stets bereit gewesen, sobald es sich aber um ihre eigenen Opfer handelt, spielt der Krankenheitszustand keine Rolle.

Sie lernen nichts dazu! Im „Friedenauer Volksanzeiger“ hatte der Vorsitzende des Bürgerrates einen Artikel gegen die Einbürgerung geschrieben. In alldeutschlicher Manier weiterte er gegen die Einbürgerung derselben und führt als Hauptargument an, daß in derselben die bisherigen „Ärmeren Söhne und Ärmeren Töchter“ aus Laus und Brauch nach Hause bringen würden. Dem „Leutigen Mann“ ist geantwortet worden. Seinen Genossen im Bürgerrat schreibe diese langweilige Weisheit doch etwas zu harter Tobal gewesen zu sein, denn jetzt kommt dieser Dr. Hennig mit einer lehrbuchartigen Entschuldigungsrede: Er hätte es nicht so gemeint! Nachdem nun Dr. Hennig seinen ersten Artikel demontiert hat, kann er nicht umhin, und das ist des Pudels Kern, nochmals gegen die Einbürgerung zu wettern. Nebenherzieht Ideen — uneprobte Theorie

Schlag trifft sich der Vorsitzende des Bürgerrats noch den Jansen. Die Regierung möge erst das Problem der Einbürgerung lösen, ehe sie an die Einbürgerung gehe. Solche Leute waren früher die geistigen Führer des deutschen Volkes. Den Friedenauer Bürgererrat begrüßend wünschen wir neidlos zu solch einem Vorsitzenden.

Die Öffnung der Badeanstalten und vor allem der Schwimmbäder ist eine Forderung, die aus logischen Gründen mit allem Nachdruck erhoben wird. Mehr wie je ist das heute notwendig in einer Zeit, wo meine Kreise durch Unterernährung viel leichter ein Opfer von Krankheiten werden wie früher. Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei im Rathaus hat erneut einen Antrag gestellt, diesem Verlangen breiter Kreise zu entsprechen. Die Rohleinnahme wird als Grund angegeben, warum die Badeanstalten nicht betrieben werden könnten. Es muß hier unter allen Umständen Rat geschaffen werden.

Die Geschäfts- und Zahlstelle 33 der Ernährungsstellenrat (die freien Verufe umfassend) ist am 4. Oktober von Volksgesetzstraße 7 nach Reichstraße 10, Hof 4 Treppen verlegt worden.

Neue Geschäftsstelle für Proletarier. Am Freitag abend 7 Uhr begann in der Kochstraße 18, Zimmer 133, ein wirtschaftswissenschaftliches Seminar. Leiter: Genosse Jellig. Themenstellung geschieht aus dem Kreise der Proletarier.

Die Volkshochschule Berlin-Reinickendorf eröffnet ihren Winterkursplan mit einem Lichtbildvortrag des Privatdozenten Dr. Rahn-Wiener „Zum 250. Todestage Herders“. Der Vortrag findet am Sonnabend, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, im Realschulsaal, Berner Straße 10, Eintritt 1 M.

Verloren. Gestern ist in der Versammlung Stühlfäuser, Niederhöfchenstraße, eine Briefschloß verloren gegangen. Infallt Eintragungen vom Volksgesetz über Wadlonsmarken und 25 M. Es wird gebeten, den Fund abzugeben bei dem Betriebsrat Herrn Schön, Deutsche Kabel-Industrie, Berlin-Niederhöfchenstraße, Berliner Straße 133.

Aus den Gemeinden.

Lichtenberg. Am Mittwoch tagte im Café Volkow eine von 4000 Personen besuchte öffentliche Versammlung, eibernen von der bürgerlichen Parteilicheit und der Fraktion der Kommunalen Arbeiterräte der U. S. V. D., die sich mit dem vollenzogenen Austritt der U. S. V. D. aus dem kommunalen Arbeiterrat beschäftigte. Gen. Richter schloßerte mit kurzen Worten die letzten Vorgänge im Arbeiterrat und Volksgesetz. Die Kommunisten hatten erst ihre Mitglieder aus dem Volksgesetz und dann auch aus dem Arbeiterrat zurückgezogen, weil ihrer Ansicht nach die Tätigkeit darin ganz zweifelhafte Arbeit sei. Später wollten sie aber wieder einreten, was von unseren Genossen abgelehnt wurde. In der Diskussion wurde das Verhalten der U. S. V. D. ebenfalls geurteilt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 1. Oktober im Garten des Café Volkow tagende öffentliche Volksversammlung beauftragt die U. S. V. D. Lichtenberg, bis zu den allgemeinen Wahlen der Arbeiterräte die Mandate des kommunalen A. R. Lichtenbergs aus ihrer Reihen zu befehlen und mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß der kommunale A. R. unter allen Umständen weiterarbeitet. Die Versammlung erhofft von der jetzt eingetretenen realistischen Scheidung die energische und tatkräftige Vertretung der Interessen der wehrfähigen Bevölkerung durch den kommunalen A. R. und verpflichtet sich, denselben in jeder Beziehung zu unterstützen.“

Hellersdorf, Gemeinde-Vertretung. Der Ausbau der Realschule in Realschulsaal wurde, als der Einheitschule hinderlich, gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Die Kosten für die Errichtung eines Lehrganges für erste Hilfe werden bewilligt. Der Aufsatz wird voraussichtlich 20 Stunden erfordern. Die Gemeinde-Angestellten und Arbeiter hatten eine Wirtschaftshilfe von 1000 M. für Verheiratete, 600 M. für Unverheiratete und 200 M. für jedes Kind unter 18 Jahre gefordert. — Das Verhalten der Angestellten und Gemeinde-Arbeiter wird ebenfalls scharf verurteilt. Folgendem Antrag der U. S. V. Fraktion wurde zugestimmt: Verheiratete Angestellte, Arbeiter und Beamte, die seit dem 1. August bei der Gemeinde tätig sind, erhalten: bei einem Einkommen von monatlich 400 M. eine einmalige Unterstützung von 600 M., bei einem Einkommen von monatlich 500 M. eine solche von 500 M., bis 600 M. einen Zuschuß von 400 M., bis 700 M. einen solchen von 300 M.; für jedes Kind bis zu 16 Jahren des leinen Erwerb hat, eine Unterstützung von 200 M. Solche erhalten eine einmalige Zulage von 300 M. Bei besonderer Notlage kann den Angestellten mit über 700 M. Einkommen auf Antrag eine Sonderzulage gewährt werden. Genosse Klotz, der den Antrag begründete, wies sich scharf gegen die Wortführer der Gemeindearbeiter, die eine ganz unnötige Forderung auf die Gemeindeverwaltung und -vertretung ausgedrückt hätten. Die jetzt geforderte einmalige Wirtschaftshilfe sei das Äußerste, was die Gemeinde bei ihrer Finanzschwäche bieten könne. Ein Zusatzantrag Kramer (S. V.) weitere einmalige Zuwendungen im laufenden Jahre nicht mehr zu bewilligen und bei Gehaltsüberschreitungen einen Ausgleich mit verminderten Gehältern herbeizuführen, wurde abgelehnt. Die Gemeindevertretung erklärte sich mit der Erhöhung des Gemeindesteuerzuschlages auf 300 Prozent einverstanden. — Den Kriegsertragnen wurde eine Wirtschaftshilfe von 100 M. und für jedes Kind 50 M. bewilligt.

Ziegel. Die Gemeindevertretung hatte am 20. September eine fünfständige Sitzung, zu deren Beginn die wiederholte neu gewählten Schöffen Reppmann und Schäfers (U. S. V.), Hoffes und Meyer (S. V.) und v. Borst eingeführt wurden. Letzterer ist infolge der vorgeschriebenen Parität an Stelle eines Vertreters der S. V. Fraktion gewählt. Dem vom Gemeindevorstand Fischer vorgeschlagenen Projekt für den Bau einer Volkshochschule stimmte die Vertretung zu. Für Notstandsarbeiten wurden 10000 M. bewilligt. Der Streit der Geschäftsleute zeigte den Beschluß, neue und verkaufte Geschäfte nicht mehr durch die Gemeinde zu beliefern; nur in besonderen Fällen und nach Prüfung sollen Ausnahmen zugelassen werden. Zwei Anträge abgewiesener Geschäftsinhaber auf Wiederbelebung sollen vom Wirtschaftsausschuss nochmals geprüft werden. Diejenigen Geschäfte, die sich am Streit beteiligt haben, sind nicht mehr zu beleben. Ein Antrag unserer Genossen betraf die künftige Besteuerung des Einkommens der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, des Staates und der Gemeinden. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Antrag als Eingabe an die gefesseltenden Faktoren weiterzugeben. Es relaten die vorgeschriebenen paritätischen Neuweisungen der Kommissionen mit durchschnittlich 2 U. S. V., 2 S. V. D. und 2 bürgerlichen Vertretern neben einigen Bürgerdeputierten.

Seinerdorf. Die unlängst vorgenommene Wahl der Schöffen ergab je einen Vertreter für die U. S. V. den bürgerlichen und die Deutsch-nationale Partei. Die U. S. V. D. ist nicht vertreten; sie hatte sich bei der Gemeindevorstandswahl mit dem bürgerlichen Vorstand verbunden und somit denselben mit gewählt. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, das Gesetz der preussischen Landesversammlung vom 4. Juni, das die Erhebung der Kommunalsteuern für Einkommen von 1500-3000 Mark verleiht, in Anwendung zu bringen. Auch gelangte hierbei unser Antrag auf Fortfall des Steuerzuschlages zur Annahme. Für die Kriegszahlung verlangen. Der freien soz. Jugend wurde auf Antrag ein Schulzimmer kostenlos zu ihren Veranstaltungen überlassen, und dürfte dies für die Fortentwicklung der Jugendbewegung am Orte begünstigend wirken. Die Schulgebäude soll weiter ausgebaut werden. Die Versorgung der Gemeinde mit Brennholz wird in die Wege geleitet.